

Nushası 5 Krustur
ABONE
 (Posta ücreti dahil olmak üzere)
DAHİL İÇİN HARIÇ İÇİN

Aylık	Türk Lirası 1.50	R. M. 5.-
Üç aylık	" " 4.25	" " 13.-
Altı aylık	" " 8.-	" " 25.-
Bir senelik	" " 15.-	" " 50.-

yahtuh mükabill.
 idarehane
 Tekke Caddesi No. 585 ve 587.
 Telgraf adresi: TürkiPost.
 Telefon: Beyoğlu 209 ve 210.
 Posta Kutusu: Cakarta 269.

Türksche Post

Preis der Einzelnummer: 5 Krus

BEZUGSPREISE:

	Inland	Ausland
für 1 Monat	T. Pfd. 1.50	R. M. 5.-
" 3 Monate	" 4.25	" 13.-
" 6 Monate	" 8.-	" 25.-
" 12 Monate	" 15.-	" 50.-

oder Oegenwert

Geschäftsleitung:
 Tekke-Strasse Nr. 585-587.
 Drahtanschr.: TürkiPost.
 Fernspr.: Beyoğlu 209 u. 210.
 Postfach: Cakarta 269.

5 Jahrgang Nr. 324

Tageszeitung für den Nahen Osten

Stambul, Dienstag, 25. Nov. 1930

Organ der Deutsch-Türkischen Vereinigung Berlin, der türkisch-Deutschen Handelskammer, Hauptstädt Frankfurt a. M. und der Deutschen Handelskammer in Wien.

Die Mehrheitsverhältnisse des Danziger Volkstages.

Danzig, 21. Nov.
 Nachdem nach dem vorläufigen amtlichen Gesamtresultat der Danziger Volkstagswahlen feststeht, daß die bisherige Regierungskoalition infolge des starken Rechtsdrucks nicht aufrecht zu erhalten sein wird, beschäftigt man sich in der Öffentlichkeit der Freien Stadt bereits mit den Möglichkeiten einer Regierungsbildung. In den „Danziger Neuesten Nachrichten“ wird darüber folgendes ausgeführt: Das Ergebnis der gestrigen Volkstagswahlen zeigt eine Struktur der Stimmenschiebung, die recht interessant ist, und die für den Aufbau der Mehrheitsverhältnisse im Danziger Volkstage und darüber hinaus für die Regierungsbildung bereits einigermaßen Aufschluß gibt, wenn sie auch heute diese Fragen noch nicht endgültig beantworten kann. Vorweg ist festzustellen, daß die Nationalsozialisten mit 12 Sitzen ein Sechstel des neuen Volkstages bilden werden. Die Sozialdemokraten hätten bei gleichem Stimmverhältnis wie 1927 25 Mandate im neuen Volkstage haben müssen. Sie haben mit voraussichtlich 19 Mandaten also einen Verlust von rund 25 v. H. erlitten. Das gleiche Schicksal hat die Deutschnationalen getroffen. In dem Gewinn von 2 800 den das Zentrum verzeichnen kann, ist wohl die fortgeschrittene Stimmenzahl dem Nachwuchs des Zentrums zuzuschreiben, sodaß, relativ betrachtet, das Zentrum seinen Bestand behalten hat. In gleicher Weise sind wohl die 416 Stimmen Zuwachs zu deuten, die die Polen gegenüber der Wahl 1927 aufweisen.
 Einen Zuwachs von fast 80 vom Hundert haben die Kommunisten zu verzeichnen. Die Gründe hierfür liegen vor allem in der erschreckenden Arbeitslosigkeit und in der traurigen Wirtschaftslage. Erhebliche Verluste erlitten die Einzelparteien der bürgerlichen Mitte, die Nationalliberalen z. B. etwa 60 v. H., die Deutsch-Danziger Wirtschaftspartei etwa 25 v. H., die Deutsch-Liberalen ebenfalls rund 50 v. H. Aus der Zusammenstellung der Wahlergebnisse würde sich nach der Wahlparole, unter der der Wahlkampf ausgefochten wurde, nämlich „Bürgerlich oder Marxismus“ eine Stimmengruppierung ableiten, die den neuen Volkstag in 26 Marxisten, 32 Bürgerliche, 12 Nationalsozialisten und 2 Polen aufteilt. Hierbei ist offen gelassen, das endgültige Bekenntnis der Nationalsozialisten, welche Stellung sie in dieser Konstellation einnehmen werden. Jedenfalls ergibt sich die Tatsache, daß die Erklärung der Nationalsozialisten maßgebend sein wird, wie das Gesicht des neuen Volkstages aussehen wird. Bürgerlich oder radikal, und bei den Nationalsozialisten wird die Verantwortung für diese Gestaltung und für alle weiteren Entwicklungen, die sich hieraus ergeben, liegen. Das wird sowohl für die Mehrheitsgestaltung im Volkstage wie für das Aussehen der neuen Danziger Regierung zu gelten haben.

Die griechische Ernte durch Feldmäuse gefährdet.

(Eigener Dienst der „Türkischen Post“)
 Athen, 24. Nov.
 In Thessalien und Makedonien sind die Feldmäuse in verheerenden Massen aufgetreten und wird das Ergebnis der durch Unwetter im Sommer an sich schon verringerten Ernte nunmehr ernstlich bedroht. Die amtlichen Stellen sind mit der Bekämpfung der Feldmäuse beschäftigt und haben die notwendigen Tötungsmittel bestellt und die vorhandenen bereits verteilt. Wenigstens selbst interessierte sich sehr für diese Frage und hat die zuständigen Ministerien und Stellen aufgefordert, sofort alle Maßnahmen zu treffen, die zur Ausrottung der Feldmäuse dienen können. Die notwendigen Kredite wurden sofort gewährt.

Ford in Griechenland.

(Eigener Dienst der „Türkischen Post“)
 Athen, 24. Nov.
 Das griechische Finanzministerium hat das Ansuchen der Ford-Werke um Ueberlassung eines ausgedehnten Terrains zur Errichtung eines großen Ford Depots und Werkstätten abschlägig beschieden.

Der Staatspräsident.

Der Staatspräsident hat an den Ministerpräsidenten aus den Orten, die er auf seiner Reise besuchte, die Wünsche und Bedürfnisse der Bevölkerung telegraphisch übermittelt. Darunter befinden sich sehr viele Forderungen auf Hilfeleistung für die Landwirte.
 In der gestrigen Ministerratssitzung wurden die notwendigen Maßnahmen besprochen und den zuständigen Stellen zur dringenden Eriedigung übergeben.
 Samsun, 24. Nov. (A.A.)
 Der Staatspräsident fuhr heute nachmittag im Auto nach Tscharschamba, wo er von der Bevölkerung enthusiastisch begrüßt wurde. Er besuchte das Regierungsgebäude, die Stadtverwaltung, die Zentrale der Volkspartei sowie den Türk Odschak und fuhr dann um 18 Uhr wieder nach Samsun zurück. Der Staatspräsident wird morgen nach Bafra fahren. Der Dampfer Ege, mit dem der Staatspräsident zuerst nach Trapezunt und von dort nach Stambul fahren wird, ist heute Mittag in Samsun eingelaufen.

Vom Ministerrat.

In der gestrigen Sitzung des Ministerrats wurde die Antwort der türkischen Regierung an die Dette Publique besprochen. Noch spät am Abend wurde die Antwort an die Dette nach Paris telegraphisch übermittelt.

Aus der türkischen Presse.

In seinem aus Genf geschriebenen Artikel in der „Milliyet“ sagt **Mahmut Bey**, daß der Wunsch, den Frieden für die ganze Welt zum Herrscher zu machen, genau so zwecklos sei wie die Hoffnung, daß die europäische Zivilisation irgendwelchen Krieg überstehen könnte. Gerade aus dieser Folgerung heraus seien die Nationen an der Arbeit, um dem Krieg durch einen Weltfrieden vorzubeugen. Die Auffassung der Völker über den Frieden seien sehr verschieden und jedes betrachte den Friedensgedanken aus seinem Gesichtspunkt und möchte das Problem dementsprechend gelöst wissen.
Mahmut Bey, der dann zwischen den Verträgen von Sévres und Lausanne einige Vergleiche zieht, sagt, daß man den Unterschied zwischen Lausanne und Sévres erst dann vollkommen begreifen könne, wenn man sich die Leiden derjenigen Länder vergegenwärtige, die unter die Diktate von Versailles, Trianon, St. Germain und Neuilly ihre Unterschriften gesetzt haben. Man müsse gesehen haben, wie die logischsten und wichtigsten Vorschläge der Vertreter dieser Länder bei den internationalen Konferenzen gewaltsam abgelehnt werden, um den Unterschied zwischen Sévres und Lausanne voll zu würdigen. Und wenn es einem dieser Vertreter einfalle von internationalem Recht und Gleichheit zu reden, so bekommen sie immer wieder die Antwort, daß sie doch den Weltkrieg verloren und die Verträge unterzeichnet hätten, und ein Vorschlag, der den Sinn dieser Verträge abändere, könne nicht zur Diskussion gestellt werden.
 In seinem Leitartikel in „Inkilap“, den er „Das Volk leidet“ betitelt, schreibt **Ali Nadschit Bey**, daß die Dienste, die Ismet Pascha in Inönü und Lausanne dem Lande erwiesen habe, immer noch unvergessen seien, daß es aber trotz allem eine nicht abzuleugnende und ins Auge stechende Tatsache wäre, daß das Land leide. Mit trockenen Worten und Theorien könne kein moderner Staat aufgebaut werden.

Die Opfer der Unwetterkatastrophe.

Berlin, 24. Nov.
 Der Orkan, der, wie wir gestern meldeten, über Wien niedergelassen ist, forderte vier Menschenleben. Mehr als 200 Personen wurden verletzt. Der angerichtete Schaden ist sehr groß.

Zusammenkunft zwischen Grandi und Litwinow.

Genf, 24. Nov.
 Der italienische Außenminister Grandi weilt in Mailand. Er soll dort mit dem russischen Außenminister, Litwinow, der, von Genf nach Mailand abgereist ist eine Besprechung haben, in der Handelsfragen erörtert werden sollen.

Ständige Abrüstungskommission.

Rede Tewfik Rüşdi Beys.

Genf, 24. November.
 Bei der Beratung des Vertragsentwurfs über die Gründung einer ständigen Abrüstungskommission hielt Außenminister **Tewfik Rüşdi Bey** vor der vorbereiteten Abrüstungskommission eine Rede, in der er den türkischen Standpunkt über dieses Problem erläuterte. Tewfik Rüşdi Bey erklärte:
 „Es ist meine Pflicht, bei Beginn der Beratungen des Abschnitt 5 über die Gründung einer ständigen Abrüstungskommission einige wichtige Punkte der Kommission zu unterbreiten. Der Wunsch, die Abrüstung, mit der wir uns beschäftigen, mit Sicherheit festzulegen, ist der Ausdruck einer seelischen Erscheinung, die nur mit Sympathie begrüßt werden kann. Wenn aber diese Sicherheit von Wirkung sein soll, dann muss die Möglichkeit ihrer Durchführung vorhanden sein. Es ist richtig, dass die internationalen Abmachungen nur durch die Respektierung der eingegangenen Verpflichtungen bestehen können und dass die moralischen Verpflichtungen der Staaten für die internationalen Beziehungen die Basis darstellen. Ebenso ist auch der Gedanke richtig, dass die uns beschäftigende Angelegenheit wegen ihrer Eigenart eine besondere Form einer Lösung benötigt. Aus diesem Gedanken heraus wurde für eine gerechte Durchführung der Vertragsbestimmungen die Errichtung einer ständigen Kommission in Erwägung gezogen. Kann diese Kommission das von uns angestrebte Ziel erreichen? Das ist ein Punkt, über den man sich unterrichten muss. Die Idee der Errichtung einer Organisation, die damit beauftragt werden soll, Nachrichten zu ermitteln und diese zu zentralisieren, Klagen anzuhören, über Vorfälle Untersuchungen anzustellen und in den Gebieten der den Vertrag unterzeichnenden Ländern eine Kontrolle auszuüben, erscheint uns neu.
 Der Inhalt dieser Idee, die mit der Souveränität der Staaten nicht vereinbar ist, gibt uns keine Gewähr dafür, dass bei ihrer Durchführung die Arbeiten der Kommission erfolgreich sein können. Aus diesem Grunde muss, wenn die Arbeiten der Kommission erfolgreich sein sollen, über die Bildung der Kommission und über ihre rechtlichen Kon-

Doch Aufrufung der Gold- und Tributfrage.

London, 20. November.
 Starke Einflüsse in Berlin und London und in geringerem Grade auch in New York werden wahrscheinlicher Weise, wie der diplomatische Korrespondent des „Observer“ meldet, dazu führen, dass etwa ein Dutzend Staaten ohne weitere längere Verzögerung die notwendigen Schritte zu einer Aufrufung der Frage der Goldpolitik ergreifen werden. Es sei ein offenes Geheimnis, dass seit einigen Monaten eine diplomatische Bewegung in dieser Hinsicht im Gange sei. Wenn man darüber der Öffentlichkeit bisher noch wenig gesagt habe, so läge dies daran, dass man sich noch nicht über die Methoden klar geworden sei. Insbesondere sei noch nicht entschieden, ob sie durch eine internationale Konferenz geregelt werden solle. Jedoch hätten die letzten Ereignisse dazu beigetragen, die Bewegung zu beschleunigen.
 Ueber die Vorgeschichte sagt der „Observer“, daß zunächst der Youngplan, die BIZ und der Goldbericht des Völkerbundes das Material geliefert hätten. Es seien dann die Erklärungen Dr. Wirths nach den Wahlen, die Aeusserungen Dr. Brüning's am 16. Oktober, die Schritte Schachts in London und New York, sowie endlich die Rede des Lord d'Abernons, am vergangenen Freitag erfolgt. Obwohl der Youngplan erst im vergangenen Mai in Kraft getreten sei, hätten sich die finanziellen Berater der Gläubigermächte doch schon mit den technischen Fragen eines Zahlungsaufschebs beschäftigt müssen. Diese seien aber nur ein Teil des Problems. Hinter den Kulissen fänden durch Diplomaten, Politiker, Finanziers und Wirtschaftler

Rußland demittiert

Aufstandsnachrichten.
 Berlin, 24. Nov.
 Die Sowjetregierung demittiert die in letzter Zeit an verschiedenen Orten aufgetauchten Nachrichten über Unruhen im Lande. Die Unterbrechungen im Telefonverkehr Berlin-Moskau seien auf atmosphärische Störungen zurückzuführen. Die Eisenbahnen verkehren planmäßig und alle Nachrichten, daß auf verschiedenen Strecken durch Unruhen der Eisenbahnverkehr stockte, seien unrichtig.

Kommunistenverhaftungen

in Athen.
 Athen, 24. Nov. (A.A.)
 Trotz des Verbotes des Polizeipräsidenten Demonstrationen abzuhalten veranstalteten die Kommunisten heute eine große Manifestation. Die Polizei verhaftete mehr als 350 Personen.

Aus Deutschland.

Eine Polenrede Brauns

in Königsberg.
 Berlin, 24. Nov.
 Der preußische Ministerpräsident Braun hielt anlässlich der Grundsteinlegung der Handelshochschule in Königsberg eine Ansprache, in der er den polnischen Terror den deutschen Minderheiten gegenüber zur Sprache brachte.

Bethlen auf der Rückreise.

Berlin, 24. Nov.
 Der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen hat heute Abend Berlin verlassen.
 Berlin, 22. November.
 Der „ewige“ ungarische Ministerpräsident Graf Stephan Bethlen ist am Sonntag mit seiner Gemahlin in Berlin eingetroffen. Wir heissen ihn als Vertreter eines Volkes, mit dem uns eine aus dem gemeinsamen Leid des Schicksals geborene Freundschaft verbindet, so herzlich willkommen, wie man nur einen Freund willkommen heißen kann. Und ein Freund des Deutschen Reiches ist Graf Bethlen immer gewesen.
 Bethlen, der ein Nachfolger jenes grossen siebenbürgischen Fürsten Gabor Bethlen ist, der als Mitglied der protestantischen Koalition im Kampf gegen die katholischen Habsburger eine führende Rolle spielte, wurde in Wien erzogen und hier mit der deutschen Kultur vertraut, der seither seine Wertschätzung und Liebe gilt. Seit dem Jahre 1901 steht er heute 56 jährige im öffentlichen Leben. Als liberaler Abgeordneter zog er zuerst in das ungarische Parlament ein, schied aber nach einem Streit mit dem Grafen Albert Appony aus der Partei aus und schloss sich 1905 der Unabhängigkeitspartei an, als deren Vertreter er 1910 neuerdings in das Abgeordnetenhaus gewählt wurde. Im Kriege unterstützte er die Politik des weitschauenden Grafen Tisza. Der rote Graf Karolyi vertrieb ihn. Als Bela Kun seine Schreckensherrschaft aufrichtete, wurde Bethlen Mitglied der gegenrevolutionären Regierung in Szeged. Nach dem Zusammenbruch des Räteregimes und der Wiederherstellung geordneter Verhältnisse zog Graf Bethlen als Vertreter der Kleinlandwirtpartei in die Nationalversammlung ein. Am 14. April 1921 wurde er Nachfolger des Ministerpräsidenten Teleki, der unter den Nachwirkungen des versuchten Staatsstreiches König Karls mit seinem Kabinett zurücktreten musste. Seitdem führt Bethlen alle ungarischen Regierungen. Er hat einen ebenso bescheidenen, wie erfolgreichen Weg hinter sich. Seine erste Arbeit war die Konsolidierung der inneren Verhältnisse. Durch Stilllegung der Notenpresse und Schaffung der ungarischen Nationalbank unter Bindung an das englische Pfund gelang ihm die Stabilisierung der ungarischen Währung. Nach der Aufdeckung der Frankenfälschungen des Prinzen Windisch-Grätz legte er sein Amt nieder, wurde aber mit der Weiterführung der Regierungsgeschäfte beauftragt. Die darauf folgenden Neuwahlen brachten seiner Partei etwa 85 v. H. aller Stimmen ein. Zur Zeit der siebenten Jahreswende seiner Ernennung zum Ministerpräsidenten trat er zum ersten Mal öffentlich mit der Forderung nach der Revision des Vertrages von Trianon auf. In der Minderheitenpolitik hat er sich immer auf den Standpunkt gestellt, dass Ungarn ebenso behandeln müsse, wie es wünsche, dass seine Volksgenossen im Ausland behandelt werden.
 Seither hat er den Ruf nach der Revision der Verträge nie verdingen lassen und mit meisterhaftem Geschick verstanden, Freunde für seine Politik zu werben. Er selbst wurde durch die neue Grenzschichtung empfindlich getroffen. Der grösste Teil seines in Siebenbürgen liegenden Besitzes wurde enteignet. Vor dem Kriege hat er mehrere Male in literarischen Arbeiten seiner Bewunderung für Deutschland Ausdruck gegeben. In seiner Studie „Die Bodenkauf der Rumänen in Ungarn“ u. a. forderte er, die Bodenpolitik Ungarns nach preussischem Muster einzurichten.

Die Young-Revision.

Wie stellt sich das Ausland zur Revisionsbewegung? - Die Verflechtung der Gläubiger- und Schuldnerstaaten. - Moratorium oder Revision?

Eines der bemerkenswerten Kennzeichen der letzten Zeit ist die Tatsache, dass in der Welt eine Art von Revisionsbewegung wirklich eingesetzt hat. Es hiesse diese Bewegung überschätzen, wenn man ihr einen akuten Charakter beilegen würde, es hiesse sie unterschätzen, wenn man sie nicht als einen sehr bestimmenden und naturnotwendig sich ergebenden Ausfluss der Weltwirtschaftskrise bezeichnen würde. Akut ist diese Bewegung deshalb nicht, weil die offizielle Politik der an diesem Problem interessierten Länder sich mit dieser Frage entweder noch nicht beschäftigt, oder ihre Aufrollung als gegen die Interessen bestimmter Nationen gerichtet kurzweilig ablehnt. Von grosser Bedeutung ist die Bewegung deshalb, weil sie sich auf Gesetze stützt, deren Gestaltung weniger in die Hand von Menschen gelegt ist, als in den Gang eines wirtschaftlichen Entwicklungsprozesses, der sich Bahn bricht, gleichgültig, ob hier politische Interessen verletzt werden.

Die zahlreichen Stimmen, die in der letzten Zeit aus dem Ausland nach Deutschland zugunsten einer Revision des Reparationsproblems dringen, sind also letzten Endes die Bekundung von Erkenntnissen, weniger Persönlichkeiten, die Sachverständige des wirtschaftlichen Prozesses sind, und aus ihrer ureigenen Materie heraus zu Folgerungen kommen, die nichts mit Politik, aber nur mit Wirtschaft und ihren das Weltgebäude überspannenden Gesetzen zu tun hat. Die Revisionsbewegung ist also keine irgendwie das deutsche Schicksal und die deutsche Zukunft berührende Sonderangelegenheit, sie ist eine Sache der Welt, denn sie berührt alle Deutschlands Rolle in dieser Revisionsbewegung ist also vom Gesichtspunkt der gesamten Weltwirtschaft aus gesehen sekundär. Dies ein Umstand, der für die deutschen Forderungen gültig ist, da eben diese von einem deutschen Interesse bedingten Ansprüche gleichzeitig auch die Forderungen einer Allgemeinheit sind. Wenn in Amerika die Auseinandersetzung über die Revisionsmöglichkeit - abgesehen von Deutschland selbstverständlich - am stärksten ist, so will dies nur heissen, dass in dem Lande der Schlüsselstellung des Reparationsproblems auch die Sorge um die eigene wirtschaftliche Zukunft am grössten sein muss. Der bekannte englische Wirtschaftsfachmann Lord Melchett hat einmal geschrieben, es sei sehr gut denkbar, dass einmal der Zeitpunkt eintreten könne, an dem die Gläubiger die Annahme von Reparationszahlungen vorwiegend müssten. Denn es sei unter gewissen Umständen für ein Land zweckmäßiger, auf die Schuldentilgung eines fremden Landes zu verzichten, als einem Verlust an investiertem Kapital mit dauernder Arbeitslosigkeit gegenüberzustehen, einer Arbeitslosigkeit, die als natürliche Folge der Annahme grosser Quantitäten ausländischer Waren als Reparationsleistungen eintreten müsste. Diese Ansicht Melchett's entspricht natürlich einem speziellen englischen Interesse, aber es lässt sich nicht abstreiten, daß sie in einem übertragenen Sinne auch für die Dinge in Amerika Geltung haben muß. Wenn Deutschland auf die Dauer gezwungen ist, seine jährliche Milliardenleistung abzuführen, dann wird es dieser Verpflichtung nur nachkommen können, wenn es seiner Wirtschaft gelingt, den Wert ihres Exports auf die gleiche Höhe seiner Reparationsverpflichtungen zu steigern. Eine solche Exportsteigerung bedeutet die Eroberung von Absatzmärkten, gleichzeitig auch die Verdrängung anderer nationaler Wirtschaftskörper aus diesen Absatzmärkten. Da dies eine Entwicklung auf weite Sicht ist, so berührt sie heute noch nicht die Interessen dieser Wirt-